

NACHHALTIGKEIT UND INNOVATION – GRÜNE WIRTSCHAFTSPOLITIK FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG

1 Wertebasis und Grundlagen GRÜNER Wirtschaftspolitik

2 Nachhaltigkeit als Leitprinzip

3 Nachhaltigkeit als Verbindung von wirtschaftlichem Wohlstand, ökologischer Stabilität und
4 sozialer Gerechtigkeit steht für Bündnis 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg auch in der
5 Wirtschaftspolitik im Zentrum. Das große Versprechen der sozialen Marktwirtschaft,
6 „Wohlstand für alle“, hat nur dann Zukunft, wenn wir es mit der Bewahrung der natürlichen
7 Lebensgrundlagen vereinbaren. Denn Wohlstand darf weder zu Lasten benachteiligter
8 Menschen oder ärmerer Länder erwirtschaftet werden, noch zu Lasten künftiger Generationen.
9 Dafür bedarf es eines tiefgreifenden Wandlungsprozesses, einer ökologischen Modernisierung
10 von Wirtschaft und Gesellschaft, die wir entschlossen vorantreiben und gestalten wollen.

11 In der ökologischen Modernisierung der Wirtschaft liegt für die Unternehmen eine große
12 Chance, sich auch zukünftig im nationalen und internationalen Wettbewerb zu behaupten. Von
13 der Chemie- über die Automobilindustrie bis hin zum Maschinenbau haben viele Unternehmen
14 die Chancen der ökologischen Modernisierung für neue Märkte und Geschäftsfelder längst
15 erkannt. Und die Zeichen dafür, dass das gelingen kann, stehen gut. Deutsche Unternehmen
16 gerade in Baden-Württemberg sind häufig Vorreiter bei „grünen“ Technologien und
17 erwirtschaften damit Umsätze in Milliardenhöhe. Der Umsatz mit Waren und Dienstleistungen
18 für den Umwelt- und Klimaschutz in Baden-Württemberg beträgt bereits heute über neun
19 Milliarden Euro. Dieser grüne Wandel stärkt den Industrie- und Produktionsstandort Baden-
20 Württemberg.

21 Die Kreativität und die Leistung, die UnternehmerInnen und Beschäftigte dabei aufbringen,
22 verdient unsere Anerkennung. Wir wollen sie für das gewaltige Projekt der ökologischen
23 Modernisierung genauso als Partner gewinnen wie die Bürgergesellschaft, ohne die der Wandel
24 ebenso wenig gelingen kann. Denn die ökologische Modernisierung lässt sich nicht überstülpen
25 oder verordnen; vielmehr setzt sie Austausch, Dialog auf Augenhöhe und wechselseitiges
26 Verständnis und Wertschätzung voraus. Wer es mit der Bewahrung der natürlichen Ressourcen
27 ernst meint, muss sich an alle wenden, an die Bürgergesellschaft, an kleine und mittelständische
28 Unternehmen und an die Big-Player.

29 Das Verhältnis Staat–Markt–Bürgergesellschaft neu bestimmen

30 Wirtschaft ist, wie unsere gesamte Gesellschaft, vielfältig und heterogen. Es gibt nicht „die
31 Wirtschaft“. Viele Ideen gründen auf Vielfalt und entwickeln sich im Kleinen. Kreativität und
32 Forschergeist steigen nicht automatisch mit der Größe eines Unternehmens; Innovation ist
33 gerade in Baden-Württemberg vielmehr häufig mittelständisch. Innovationen kommen zudem
34 zunehmend auch aus der Bürgergesellschaft. Wirtschaft besteht für uns deshalb nicht nur aus
35 Unternehmen, sie besteht auch aus aktiven BürgerInnen, die sich in vielfältigen Initiativen
36 wirtschaftlich betätigen und mit ihren innovativen Ideen zur ökologischen Modernisierung der
37 Wirtschaft beitragen.

38 Es ist Aufgabe der Politik, Ziele festzulegen, damit das Handeln der wirtschaftlichen Akteure sich
39 auch am Klimaschutz, an der Schonung der Ressourcen, an der Förderung der Lebensqualität
40 und an sozialer Gerechtigkeit ausrichtet. GRÜNE Wirtschaftspolitik für Baden-Württemberg
41 setzt dabei aber nicht allein auf staatliche Rahmensetzung, sondern will auch das Potenzial der
42 Marktwirtschaft für die ökologische Modernisierung nutzen. Funktionierende Märkte und ein
43 fairer Wettbewerb sind für uns effektive und effiziente Suchverfahren, um zu mehr

44 Nachhaltigkeit, Ressourcenschonung, Müll- und Emissionsvermeidung zu kommen. So würde
45 ein funktionierender Emissionshandel, der das Marktversagen beim Klimaschutz durch das
46 Einpreisen der ökologischen Kosten ausgleicht, einen effizienten und technologieoffenen Weg
47 zur CO₂-Vermeidung weisen.

48 Wir GRÜNEN suchen deshalb den intensiven Dialog mit der ganzen Bürgergesellschaft, auch
49 mit den Unternehmerinnen und Unternehmern, und erarbeiten Rahmenbedingungen und
50 Leitplanken gemeinsam mit ihnen. Das bedeutet nichts weniger als eine Neujustierung des
51 Verhältnisses von Staat, Markt und Bürgergesellschaft. Und es entspricht dem GRÜNEN
52 Verständnis von Politik als „Politik des Gehörtwerdens“, die das genaue Gegenteil von
53 Wirtschaftslobbyismus und Klientelpolitik ist, weil sie einen transparenten und gleichen Zugang
54 für alle sichert.

55 **Für eine Politik des Ermöglichens**

56 Mit einer Politik des Ermöglichens wollen wir GRÜNEN in Baden-Württemberg für ein
57 leistungsförderndes Spannungsverhältnis sorgen zwischen den notwendigen ökologischen
58 Leitplanken und der individuellen Entscheidungsfreiheit, wie die Modernisierung gestaltet
59 werden kann.

60 Wir GRÜNEN in Baden-Württemberg sind dabei erster politischer Ansprechpartner für die
61 Innovationstreiber der ökologischen Modernisierung im Land sein und sagen diesen zu: eine
62 Politik, die für faire Wettbewerbsbedingungen sorgt und die Marktmacht von Monopolen
63 zurückdrängt, die technologieoffen ist, verlässliche Rahmenbedingungen in Form sozialer und
64 ökologischer Leitplanken setzt, eine neue Kultur des Anreizes für Wagnis und Unternehmertum
65 schafft und dabei auf Augenhöhe und im Dialog mit Wirtschaft und Bürgergesellschaft
66 kommuniziert.

67 Neben der Realwirtschaft wollen wir auch den Finanzsektor für die ökologische Modernisierung
68 und für die dafür notwendigen Investitionen gewinnen. Dabei halten wir auch innovative
69 Finanzierungsformen wie beispielsweise Crowdfunding für vielversprechend, um gerade kleinen
70 Firmen den Zugang zu Kapital zu ermöglichen.

71 Mit der Gründeroffensive unterstützt die GRÜN-geführte Landesregierung bereits junge
72 Unternehmen intensiv und auf vielfältige Weise. Die Gründungsberatungen wurden deutlich
73 ausgebaut; ebenso das Instrument der Innovationsgutscheine, das kleine und mittlere
74 Unternehmen bei Forschung und Entwicklung unterstützt und ihnen einen besseren Zugriff auf
75 Forschungsleistungen ermöglicht. Mit einem neuen gezielten Förderprogramm für
76 Wachstumsphasen unterstützt die Landesregierung auch hochinnovative Unternehmen im
77 Ländlichen Raum, die das Potential für Technologieführerschaft aufweisen. Mit dem Venture-
78 Capital-Fonds Baden-Württemberg stellt die die Landesregierung gemeinsam mit
79 Finanzierungspartnern jungen, innovativen Unternehmen im Land bis zu 20 Millionen Euro
80 bereit. Diese Wagniskapitalinitiative unterstützt insbesondere technologieorientierte
81 Unternehmen in der schwierigen Phase nach ihrer Gründung.

82 Die grün geführte Landesregierung unternimmt große Anstrengungen, um den Landeshaushalt
83 nachhaltig zu konsolidieren und die Vorgaben der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse
84 bereits vorzeitig zu erreichen. Bereits jetzt ist es gelungen, die von der CDU-geführten
85 Vorgängerregierung übernommene strukturelle Verschuldung von drei Milliarden Euro zu
86 halbieren. Die Konsolidierung eröffnet Spielräume für Zukunftsinvestitionen. Sie ist kein
87 Selbstzweck. Die Landesregierung setzt in den Bereichen Bildung und Wissenschaft, Forschung
88 und Entwicklung höchste Priorität. Die Ausgaben für Hochschulen, Wissenschaft und Forschung
89 haben wir in Baden-Württemberg mit 4,4 Milliarden Euro auf einen bisher nicht gekannten
90 Höchststand gebracht. Im Doppelhaushalt 2014/2015 fördert die Landesregierung

91 wirtschaftsnahe Forschungseinrichtungen mit Rekordinvestitionen von 165 Millionen Euro.
92 Durch kluges Verhandeln ist es unserem GRÜNEN Minister für Ländlichen Raum und
93 Verbraucherschutz gelungen, EU-Mittel für regionale Entwicklung in Höhe von 247 Millionen
94 Euro für die Förderperiode bis 2020 nach Baden-Württemberg zu holen – 100 Millionen Euro
95 mehr als in der vorherigen Förderperiode. 70 Prozent dieser Mittel werden in Forschung und
96 Entwicklung investiert.

97 Mit dem Pakt mit den Kommunen zu Beginn der Legislaturperiode haben wir die Grundlagen
98 für eine qualitativ hochwertige Betreuung auch von Kleinkindern wesentlich gestärkt. Damit
99 können junge Mütter und Väter Familie und Beruf besser vereinbaren. So aktivieren wir
100 dringend benötigte Fachkräfte und geben den Familien die Freiheit, ihre Lebensmodelle selbst
101 zu bestimmen. Die Freiheit das Lebensmodell zu wählen, hängt auch von der finanziellen
102 Situation der Familien ab. Die momentanen Förderinstrumente für Familien erreichen viele
103 nicht. Das wollen wir ändern

104 **GRÜNE Politik für die Wirtschaft von morgen**

105 **Den digitalen Wandel nutzen und gestalten**

106 *Die Chancen der Digitalisierung ergreifen*

107 Die Welt befindet sich seit einigen Jahren in einem fundamentalen Wandel von der
108 Industriegesellschaft zur Informationsgesellschaft. Weite Teile unserer Gesellschaft werden
109 bereits heute durch Digitalisierung und digitale Faktoren entscheidend beeinflusst. Dieser
110 Wandel bietet viele Chancen, gerade auch in wirtschaftlicher Hinsicht. GRÜNE
111 Wirtschaftspolitik für Baden-Württemberg will diese Chancen nutzen, Unternehmen bei der
112 Digitalisierung gezielt unterstützen und den Wandel auch als Instrument für die Beschleunigung
113 der ökologischen Modernisierung kraftvoll gestalten.

114 Natürlich birgt ein solcher Strukturwandel auch Risiken, er kann zur Bedrohung werden für
115 etablierte Unternehmen und Arbeitsplätze und seine positiven ökologischen Effekte können
116 durch vielfältigste „Rebound-Effekte“ aufgezehrt oder überkompensiert werden.

117 Die Digitalisierung schafft jedoch in erster Linie neue Freiräume, setzt Kräfte frei, ermöglicht
118 Innovationen und erzeugt neue Beschäftigung. In der Wirtschaft revolutioniert die
119 Digitalisierung Kommunikationsprozesse, Produktionsabläufe und Geschäftsmodelle und bildet
120 die Grundlage für neue Dienstleistungen. Baden-Württemberg hat mit seiner starken
121 industriellen Basis in den Kernbranchen Maschinenbau, Metallbearbeitung und Fahrzeugbau,
122 seinem innovativen Mittelstand und seiner einmaligen Dichte an Hochtechnologiefirmen
123 hervorragende Chancen, von der Digitalisierung profitieren zu können. Voraussetzung dafür ist,
124 dass die Herausforderungen des Trends zur „intelligenten Fabrik“ (Industrie 4.0), also zur
125 umfassend digitalisierten Produktion, angenommen und bewältigt werden. Dazu verpflichtet
126 die mit fast 34 Prozent Anteil am Bruttoinlandsprodukt deutlich überdurchschnittliche
127 Bedeutung des produzierenden Gewerbes. Sie stellt in Zeiten der Digitalisierung aber auch eine
128 besondere Chance dar. So bietet beispielsweise die hervorragende Weltmarktposition der
129 baden-württembergischen Maschinenbauer als industrielle „Hardware-Spezialisten“ die
130 Chance, über die smarte, vernetzte Fabrik und das „Internet der Dinge“ wieder Anschluss an
131 die globale Software-Elite zu finden.

132 GRÜNE Wirtschaftspolitik für Baden-Württemberg will Industrie, Handwerk und Mittelstand,
133 Bildungs- und Forschungseinrichtungen und Verwaltungen im Land bei den Herausforderungen
134 der Digitalisierung unterstützen. Mit gezielten Fördermaßnahmen wollen wir zunächst dafür
135 sorgen, dass das Knowhow von Hochschulen und Forschungseinrichtungen gebündelt wird,
136 Forschung und Unternehmen besser vernetzt werden und so ein intensiver Wissenstransfer
137 gewährleistet wird.

138 In einer Allianz für Informations- und Kommunikationstechnologie („IKT-Allianz“) haben wir in
139 der Landesregierung gemeinsam mit Wirtschaft und Wissenschaft dazu ein ambitioniertes
140 Strategiekonzept mit passgenauen Fördermaßnahmen für eine erfolgreiche Gestaltung des
141 digitalen Zeitalters im Land entwickelt. Mit diesem Konzept namens „Forward IT“ wollen wir
142 Baden-Württemberg in den nächsten Jahren zum internationalen Top-Standort für
143 Informations- und Kommunikationstechnologie machen. Wir setzen auf die Umsetzung dieser
144 Projekte wie eine neue Forschungsfabrik für digitale Produktionstechnik am KIT in Karlsruhe
145 und die Maßnahmen zur IKT-Sicherheit.

146 Mit dem Fachkonzept „E-Science“ des Wissenschaftsministeriums fördert das Land darüber
147 hinaus die koordinierte Entwicklung einer forschungsfreundlichen digitalen Infrastruktur; z.B. die
148 Vernetzung von Forschungsinfrastruktureinrichtungen und wissenschaftlichen Verbänden oder
149 in Form von virtuellen Forschungsumgebungen, in denen WissenschaftlerInnen über
150 organisatorische und geografische Grenzen hinweg bestmöglich zusammenarbeiten können.
151 Wir unterstützen unsere GRÜNE Wissenschaftsministerin bei den diesbezüglichen Vorhaben
152 und Projekten.

153 ***Die Digitalisierung zum Katalysator der ökologischen Modernisierung machen***

154 Zu einem Standortvorteil im globalen Wettbewerb wird der digitale Wandel allerdings nur,
155 wenn dieser Wandel auch ein klar ökologischer wird; er ist gezielt mit der Energiewende, dem
156 Klimaschutz und der Ressourcenschonung zu verbinden. Die Digitalisierung bietet neue, nie
157 dagewesene Möglichkeiten der Entkopplung von Wohlstand und Ressourcenverbrauch.
158 Insbesondere aus der Zusammenführung von klassischer Industrie mit den Potenzialen der
159 Digitalisierung erwächst die Chance, ökonomischen wie ökologischen Fortschritt zu erreichen.

160 So bietet die Digitalisierung hervorragende Möglichkeiten, den Prozess der Energiewende zu
161 beschleunigen. Dezentrale Energieerzeugung, -speicherung und -nutzung können über digitale
162 Unterstützungssysteme und ein zu einem „Energie-Internet“ weiterentwickeltes Energienetz
163 intelligent gesteuert und aufeinander abgestimmt werden. Das stärkt die erneuerbaren
164 Energien, vermeidet Energieverschwendung und senkt den Energieverbrauch. Mit dem
165 Karlsruher Institut für Technologie (KIT) verfügt Baden-Württemberg über eines der führenden
166 Forschungszentren in Europa. In Kooperation mit internationalen Forschungspartnern und
167 Unternehmen wird hier etwa an „Smart Cities“ geforscht, in denen digitale Innovationen zu
168 effizientem Energieeinsatz führen. Diese Expertise hier bei uns vor Ort gilt es zu nutzen und zu
169 fördern.

170 Im Bereich der Mobilität können auf digitaler Basis intelligent organisierte und vernetzte
171 Verkehrssysteme und -leitsysteme die Mobilität verbessern und gleichzeitig den Bedarf an
172 individueller Mobilität, an Fahrzeugen, Straßen und zurückzulegenden Kilometern auch im
173 Gütertransport und Logistikbereich drastisch reduzieren.

174 In den Fabriken von morgen werden durch den digitalen Wandel gewaltige
175 Produktivitätssprünge möglich sein, die auch mit einer Einsparung von Ressourcen und fossilen
176 Rohstoffen einhergehen. Digitale Datenverarbeitung macht Prozessschritte überflüssig, beseitigt
177 Energiefresser und optimiert Wertschöpfungsketten. Auch die Weiterentwicklung des „Internet
178 der Dinge“ kann weit über den Bereich der Logistik hinaus Produktionsprozesse und
179 Geschäftsmodelle revolutionieren und dabei den Ressourcen- und Energieverbrauch senken.

180 Viele der neuen innovativen Dienstleistungen auf digitaler Basis können ihrerseits dazu genutzt
181 werden, Energie und Ressourcen effizienter einzusetzen und im Verbrauch zu reduzieren.
182 Internetplattformen und Smartphone-Apps vereinfachen die Ökonomie des Teilens und
183 eröffnen ihr in vielen Bereichen neue Möglichkeiten.

184 Der Ausbau und die Nutzung digitaler Infrastruktur selbst ist bisher mit einem hohen
185 Ressourcen- und Energiebedarf verbunden. Deshalb ist die konsequente Umsetzung der
186 Energiewende eine zwingende Voraussetzung, dass der digitale Wandel von Anfang an einen
187 Beitrag zur ökologischen Modernisierung leisten kann. Wie bei der Elektromobilität gilt auch bei
188 der Digitalisierung, dass nur dann ein positiver Beitrag zum Klimaschutz erreicht wird, wenn der
189 erforderliche Energiebedarf aus erneuerbaren Energiequellen gedeckt werden kann.

190 Umweltfreundlich wird der digitale Wandel erst dann, wenn der Ressourcenbedarf des Einsatzes
191 digitaler Technologien zu einer Reduzierung des Ressourcenbedarfs insgesamt führt. Und
192 tatsächlich nachhaltig wird auch die Digitalisierung erst dann, wenn die dabei eingesetzten
193 nicht-nachwachsenden Ressourcen in eine Kreislaufwirtschaft integriert werden. Das gilt
194 insbesondere auch mit Blick auf die globalen Auswirkungen unseres Ressourcenverbrauchs, wie
195 beispielsweise beim Abbau seltener Erden. Auch Formen der geplanten Obsoleszenz, die den
196 regelmäßigen Neuerwerb technischer Geräte erzwingen und damit den Ressourcenverbrauch
197 künstlich erhöhen, gilt es im Interesse von VerbraucherInnen und Umwelt durch einen
198 ordnungspolitischen Rahmen zu verhindern.

199 Wir GRÜNEN wollen den digitalen Wandel deshalb auf die Basis einer konsequent betriebenen
200 Energie- und Ressourcenwende stellen und durch eine ambitionierte Green-IT-Strategie
201 begleiten, die neben dem Energieverbrauch alle Stoffe entlang der Wertschöpfungskette und
202 auch die vorgelagerten Produktionsprozesse und das nachgelagerte Recycling in den Blick
203 nimmt.

204 Wir wollen deshalb wirtschaftliche Partner gewinnen, um in Kooperation mit Wissenschaft und
205 Gesellschaft diese Chancen zu nutzen. Partnerschaften wie der Stuttgarter Forschungscampus
206 Arena 2036, wo Fahrzeugindustrie und wissenschaftliche Institutionen gemeinsam an der
207 digitalen Forschungsfabrik der Zukunft tüfteln, können beispielgebend sein.

208 Mit der Landesstrategie „Green IT 2020“ verfolgen wir in der Landesregierung das Ziel, den für
209 den Betrieb der IT des Landes notwendigen Verbrauch natürlicher Ressourcen kontinuierlich zu
210 senken. Mit dieser Green-IT-Strategie werden gleichzeitig Impulse mit öffentlicher
211 Außenwirkung und Marktwirkung gesetzt, denn die Landesverwaltung ist Großverbraucher mit
212 erheblicher Marktmacht.

213 ***Die Digitalisierung mit einer Stärkung der Bürgerrechte und effektivem Datenschutz verbinden***

214 Nicht erst seit den jüngsten Überwachungsskandalen wissen wir, dass ohne einen wirksamen
215 Rechtsrahmen und ohne wirksame und funktionierende Maßnahmen zu dessen Durchsetzung
216 die Digitalisierung zu einem Verlust an individueller Selbstbestimmung und zur Einengung der
217 Rechte von Bürgerinnen und Bürgern führen kann. Mittels digitaler Unterstützungssysteme
218 rücken Konsumenten und Unternehmen, Bürger und Verwaltung näher zusammen. Das
219 ermöglicht Vernetzung und direkteren Austausch, reduziert die Reaktionszeiten und eröffnet
220 neue Beteiligungs- und Informationsmöglichkeiten. So ermöglicht das grün geführte
221 Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz durch die kostenlose Bereitstellung
222 von Geodaten auch neue Anwendungen, die durch die Wissenschaft oder auch durch
223 Unternehmen genutzt und mit Hilfe derer marktfähige Produkte entwickelt werden können.
224 Wenn Digitalisierung im Alltags- und im Wirtschaftsleben aber mit Datenklau und mit Verlust
225 an Verbrauchersouveränität und Bürgerrechten durch Überwachung, versteckte Diskriminierung
226 und Spionage verbunden ist, kann sie nicht zum Erfolgsmodell für den Wirtschaftsstandort
227 entwickelt werden. Denn digitale Selbstbestimmung, Datenschutz und Datensicherheit sind
228 nicht Hindernis, sondern Chance und Voraussetzung von Innovation, Wohlstand und Sicherheit.
229 Effektiver Datenschutz und Schutz vor Industriespionage werden immer wichtigere
230 Standortfaktoren.

231 Leider hat die schwarz-rote Koalition im Bund noch immer nicht verstanden, welche gewaltigen
232 Aufgaben für die Bundesregierung und den Gesetzgeber anstehen. Es fehlt schlicht an einem
233 gesetzlichen Rahmen und einem einheitlichen EU-Datenschutzrecht für eine sichere,
234 vertrauenswürdige und wettbewerbsfähige IT-Wirtschaft und IT-Infrastruktur in Deutschland.

235 Wir GRÜNEN wollen die Digitalisierung so gestalten, dass weder der „gläserne Bürger“ noch
236 der „gläserne Kunde“ und auch nicht das „gläserne Unternehmen“ entstehen. Dazu wollen wir
237 im Land regionale Zentren für Datensicherheit von Privatleuten und Unternehmen einrichten
238 und in Ausschreibungen der öffentlichen Hand hohe Standards für digitale Rechte, Offenheit
239 von Quellcodes und starke Verschlüsselungen durchsetzen. Das dient auch der Stellung der
240 heimischen datenschutzfreundlichen IT-Wirtschaft.

241 Im Rahmen des Strategiekonzepts „Forward IT“ haben wir in der Landesregierung bereits
242 wichtige Initiativen für mehr Datensicherheit auf den Weg gebracht. So wird das renommierte
243 Forschungszentrum Informatik zu einer anwendungsnahen IKT-Sicherheitsagentur ausgebaut
244 und langfristig ein IKT-TÜV für zertifizierbare Software und Sicherheitssysteme für baden-
245 württembergische Unternehmen aufgebaut. Im Forschungsprogramm Informations- und
246 Kommunikationstechnologien, für das die Landesregierung 2014 eine erste Tranche von vier
247 Millionen Euro bewilligt hat, legen wir einen besonderen Fokus auf Sicherheitsfragen. Und
248 schließlich wird über das Leuchtturmprojekt „Cloud Computing für KMU in Baden-
249 Württemberg“ kleinen und mittleren Unternehmen des Landes ein integriertes Portfolio aus
250 Infrastrukturleistungen, erweiterten Plattformdiensten und Softwareanwendungen angeboten.
251 Der digitale Wandel führt in vielen Branchen auch zu Übergangsproblemen, bei deren Lösung
252 die Unternehmen und ihre Beschäftigten auch politische Unterstützung benötigen. Für uns
253 GRÜNE ist die soziale und ökologische Marktwirtschaft mit fairen Wettbewerbsbedingungen
254 und guter Arbeit auch im Zeitalter der Digitalisierung Anspruch und Verpflichtung. Wir setzen
255 uns dafür ein, dass auch in der digitalen Wirtschaft Sozial- und Steuerstandards eingehalten
256 werden.

257 Wo Arbeitsplätze in bestimmten Berufsfeldern verschwinden und keine vergleichbaren neuen
258 dafür entstehen, wollen wir den Betroffenen mit guten Aus- und Weiterbildungsangeboten
259 neue Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt ermöglichen. Der digitale Wandel führt in vielen
260 Branchen zu Übergangsproblemen, die auch mit Arbeitsplatzverlusten verbunden sind.
261 Roboter und Computer übernehmen zunehmend Aufgaben, die bislang von Menschen
262 ausgeführt wurden. Dadurch werden Arbeitsplätze in bestimmten Berufsfeldern verschwinden
263 und es wird nicht immer vergleichbare neue dafür geben. Die Digitalisierung eröffnet die
264 Chance, durch Rationalisierung und Automatisierung eine digitale Rendite zu erzielen. Es ist
265 deshalb Aufgabe der Politik, diese Entwicklung zu steuern und sozialstaatlich zu begleiten. Der
266 digitale Wandel und seine Rendite darf unsere Gesellschaft nicht in Gewinner und Verlierer
267 spalten, vielmehr wollen wir ihn zum Nutzen der gesamten Gesellschaft ausgestalten.

268 Für uns GRÜNE ist die soziale und ökologische Marktwirtschaft mit fairen Wettbewerbs-
269 bedingungen und guter Arbeit auch im Zeitalter der Digitalisierung Anspruch und
270 Verpflichtung. Wir setzen uns dafür ein, dass auch in der digitalen Wirtschaft Sozial- und
271 Steuerstandards eingehalten werden. Wo Arbeitsplätze in bestimmten Berufsfeldern
272 verschwinden und keine vergleichbaren neuen dafür entstehen, wollen wir den Betroffenen mit
273 guten Aus- und Weiterbildungsangeboten neue Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt
274 ermöglichen. Nicht zuletzt ist die Gestaltung des digitalen Wandels auch eine Bildungsfrage.
275 Wir begrüßen deswegen die durchgehende Verankerung medienbezogener Kompetenzen im
276 neuen Bildungsplan. Umfassende Kompetenzen im Umgang mit Medien sind Voraussetzung für
277 die souveräne Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern am digitalen Wandel.

278 Eine zentrale Voraussetzung dafür, dass Baden-Württemberg zu einer Region wird, die den
279 digitalen Wandel der Wirtschaft gestaltet, besteht darin, bereits in der Schule
280 informationstechnische Grundlagen zu einem Thema zu machen. Entsprechende
281 Profilbildungen, Ausbildungsgänge und Studienwege sind die grundlegende Ressource dafür,
282 nachhaltig in Digitalisierung der Wirtschaft zu investieren.

283 ***Die Digitalisierung muss Gute Arbeit ermöglichen***

284 Die Digitalisierung der Industrie stärkt die Bedeutung von IT-Unternehmen. Hierbei
285 treffen unterschiedliche Unternehmenskulturen aufeinander. Das Spektrum reicht von
286 tariflich bezahlten, fest angestellten Belegschaften bis hin zu rein projektbezogenen
287 Vertragsverhältnissen („Liquid Work“). Erfahrungen zeigen, dass die Situation im dabei
288 vermehrt entstehenden sogenannten Crowdfunding häufig mit niedriger Entlohnung,
289 fehlendem kollektivem Arbeitsrecht und geringem Arbeitsschutz einhergeht. Notwendig
290 sind deshalb soziale Leitplanken für gute digitale Arbeit, denn für die Entwicklung guter
291 Produkte braucht es kluge Köpfe, Engagement, Loyalität, Zeit für innovative Ideen -
292 und das gibt es nur mit guten Arbeitsbedingungen.

293 **Für eine konsequente Ressourcenwende**

294 ***Ressourceneffizienz und nachhaltiger Ressourceneinsatz***

295 Wohlstandsmehrung und das Versprechen, dass immer mehr Menschen am Wohlstand teil-
296 haben können darf nicht länger mit einer Zunahme nicht-nachhaltigen Ressourcenverbrauchs
297 verbunden sein. Ziel muss es sein, die „materiellen Fußabdrücke“ von Produkten und
298 Dienstleistungen deutlich zu verkleinern und den ökologischen Rucksack unseres Wirtschaftens
299 leichter zu machen. Dazu gehören auch preisliche Anreize für die Ressourceneinsparung wie ein
300 funktionierender Emissionshandel und ein systematischer Subventionsab- und -umbau.
301 Subventionen müssen ökonomisch und ökologisch zukunftsfähig und nachhaltig sein. GRÜNE
302 Politik ist dabei technologieoffen und will keine Produktionsweise und erst Recht keinen
303 Lebensstil vorschreiben; GRÜNE Politik will aber die Subventionierung nicht-nachhaltiger und
304 umweltschädlicher Formen des Produzierens und Konsumierens beenden. Grüne Politik muss
305 dabei noch einen Schritt weiter gehen: Die Folgekosten nicht-nachhaltigen Handelns müssen
306 von den heute Handelnden bezahlt werden und dürfen nicht künftigen Generationen
307 aufgebürdet werden.“

308 Das Einpreisen externer Effekte wird die Ertragslage der Unternehmen belasten, bis
309 entsprechende Anpassungen erfolgt sind. Wir wollen deshalb an anderer Stelle entlasten, z.B.
310 durch bessere Abschreibungsbedingungen für energieeffiziente Anlagen. Insbesondere kleine
311 und junge Unternehmen sollten hier unterstützt werden, z.B. durch eine Steuergutschrift für
312 deren Forschungs- und Entwicklungsausgaben oder durch Innovationsgutscheine und
313 Förderprogramme für Energieeffizienzmaßnahmen wie in Baden-Württemberg.

314 Den Bemühungen um die Energiewende wollen wir genauso intensive Bemühungen um eine
315 Ressourcenwende zur Seite stellen. Und auch hier stehen die Chancen nicht schlecht. In vielen
316 Branchen werden die Preise für Energie und Rohstoffe in der Kostenkalkulation immer wichtiger
317 – zunehmend sogar wichtiger als die Arbeitskosten. Im produzierenden Gewerbe sind rund 45
318 Prozent der Herstellungskosten Materialkosten. Dabei wird vielfach der größte Teil des
319 Material-Inputs nach der Fertigung von Produkten gar nicht genutzt – Potenzial für eine
320 Verschlinkung der Produktion ist also reichlich vorhanden. Gleichzeitig gewinnen Technologien
321 und Knowhow zur Ressourceneffizienz und Ressourceneinsparung in einer wachsenden
322 Weltwirtschaft mit exponentiell wachsendem Ressourcenverbrauch an Bedeutung, weil
323 Ressourceneffizienz zu einem entscheidenden Wettbewerbsvorteil werden wird.

324 Unseren GRÜNEN Umweltminister unterstützen wir in seinen Initiativen für Ressourceneffizienz.
325 Der Aufbau der Landesagentur „Umwelttechnik BW“ als zentrale Ansprech- und Servicestelle
326 zum Thema Ressourceneffizienz war ein erster wichtiger Schritt, um die Kompetenzen zu
327 bündeln, Beratung und Kommunikation zu verbessern und insbesondere den Wissenstransfer
328 zwischen Wirtschaft und Wissenschaft zu verbessern. Mit der „Allianz für mehr
329 Ressourceneffizienz“ und der Landesstrategie Ressourceneffizienz wird in den kommenden
330 Jahren das drängende Thema der Ressourcenwende auf breiter Basis aufgegriffen. Über eine
331 Akteursplattform, an der sich neben Politik und Unternehmen auch Gewerkschaften,
332 Naturschutzverbände, Wissenschaft und der Finanz- und Bankensektor beteiligen, wird nun ein
333 Fahrplan zur Verbesserung der Ressourceneffizienz in Baden-Württemberg erarbeitet.

334 Die Ziele der Ressourcenstrategie sind ambitionierte und zugleich wichtige Bausteine für eine
335 nachhaltigere Wirtschaft in Baden-Württemberg: Entkopplung von Wachstum und
336 Ressourcenverbrauch unter Beibehaltung und Ausbau des hohen Anteils des produzierenden
337 Gewerbes; Baden-Württemberg hat eine starke Industrie, die eine der zentralen Grundlagen für
338 den Wohlstand des Landes ist. Damit diese Industrie ihre globale Wettbewerbsfähigkeit weiter
339 stärken kann, ist sie mitentscheidend für das Gelingen der ökologischen Modernisierung in
340 unserem Land. Verdopplung der Rohstoffproduktivität bis 2020 auf Basis geeigneter, noch zu
341 entwickelnder Indikatoren; Positionierung des Landes als Leitmarkt und Leitanbieter von
342 Ressourceneffizienztechnologien. Wir GRÜNEN wollen Baden-Württemberg zu einer der
343 ressourceneffizientesten Regionen entwickeln.

344 ***Kreislaufwirtschaft schont Ressourcen***

345 Erfolge bei der Steigerung der Materialeffizienz allein werden nicht genügen, zu einem
346 nachhaltigen Umgang mit Ressourcen zu kommen. Zu viele Produkte und Rohstoffe enden als
347 Abfall oder in der energetischen Verwertung, ohne einer Wiederverwendung zugeführt zu
348 werden. Das ist auch wirtschaftlich eine Gefahr – insbesondere für einen Standort, der fast
349 vollständig von sich stetig verteuernenden Rohstoffimporten abhängig ist und dessen
350 Produktionskosten fast zur Hälfte aus Materialkosten bestehen.

351 Eine Kreislaufwirtschaft, bei der es keinen Abfall mehr gibt, bei der die Streckung von
352 Lebenszyklen, die Kreislaufführung von Stoffen, die Wiederverwertung und Reparatur von
353 Produkten im Vordergrund stehen, hilft unserer Wirtschaft im Standortwettbewerb und macht
354 sie unabhängiger von Rohstoffimporten. Zudem bedeutet jede Tonne vermiedener Abfall und
355 jede Tonne vermiedene Primärrohstoffe auch weniger CO₂-Ausstoß und ist ein wichtiger
356 Baustein einer aktiven Klimastrategie.

357 Für die Wirtschaft in Baden-Württemberg birgt die Idee der Kreislaufwirtschaft ein gewaltiges
358 Potenzial für neue Geschäftsmodelle, neue Unternehmen und neue Arbeitsplätze. Gerade in
359 einem Hochtechnologieland wie Deutschland sind Geschäftsmodelle der Kreislaufwirtschaft wie
360 beispielsweise das sogenannte höherwertige Recycling (Wiederverwertung von ganzen
361 Produktkomponenten) vielversprechend, sei es im Bereich von Endprodukten (z.B.
362 Wiederverwertung von Computern oder Smartphones) oder in vorgelagerten Stufen der
363 Wertschöpfung (z.B. Refabrikation von Maschinen oder Motoren). Da Ressourcenschonung
364 und -wiederverwertung eine globale Herausforderung sind, eröffnen innovative Technologien
365 und Dienstleistungen sowie das Knowhow im Bereich Kreislaufwirtschaft hervorragende
366 Arbeitsmarkt- und Exportchancen.

367 Auch die Rückgewinnung von Ressourcen aus Abfall spielt eine immer wichtigere Rolle,
368 insbesondere im Umgang mit knappen Ressourcen. Gleichzeitig steigen die technischen
369 Herausforderungen beim Recycling, weil Stoffströme und Rohstoffeinsatz immer vielfältiger und
370 kleinteiliger werden. Auch hier ist Spitzentechnologie „made in Baden-Württemberg“ gefragt,

371 da bestehende Recyclingsysteme noch nicht auf die Diversifizierung des Materialeinsatzes
372 ausgelegt sind.

373 Beim Umgang mit recyclingfähigem Abfall warten wir seit Jahren auf das angekündigte, längst
374 überfällige Wertstoffgesetz des Bundes. Wir GRÜNEN wollen einen Systemwechsel bei der
375 Wertstoffsammlung einleiten. Das Duale System ist überholt, kostet mehr als nötig und erfüllt
376 keinen ökologischen Zweck mehr. Was das Duale System einmal leisten sollte, können die
377 Kommunen heute günstiger und besser leisten. Ein Bundeswertstoffgesetz muss den öffentlich-
378 rechtlichen Entsorgungsträgern deshalb die volle Organisationsverantwortung für Erfassung,
379 Sortierung und Verwertung von Wertstoffen zurückgeben. Mit einer Verwertungsquote von 20
380 Prozent liegt das Duale System weit hinter den ökologischen Möglichkeiten. Unser Ziel ist es,
381 alle Wertstoffe, insbesondere im Bereich der Verbunde, Kunststoffe und Metalle, aus
382 Verpackungen und Nichtverpackungen verbraucherfreundlich und möglichst einfach und
383 verbindlich zu erfassen und einer hochwertigen Verwertung zuzuführen. Die finanzielle
384 Beteiligung der Hersteller an der Erfassung und Entsorgung ihrer Verpackungen soll dabei
385 bestehen bleiben. Wir GRÜNEN streben in einem neuen, öffentlich-rechtlich organisierten
386 System eine Verwertungsquote von mindestens 50 Prozent an.

387 **Durch effizienteren Energieeinsatz den CO₂-Ausstoß rasch senken**

388 Fast die Hälfte des Energieverbrauchs in Baden-Württemberg entfällt auf die Erzeugung von
389 Wärme. Nur etwa 10 % der Wärmeerzeugung erfolgt bisher mit erneuerbarer Energie.

390 Das Potential, Energie und CO₂-Emissionen einzusparen ist im Wärmemarkt sehr groß und
391 wirtschaftlich realisierbar. Darüber hinaus sind die Voraussetzungen, etwas in diesem
392 Energiesegment zu bewegen besonders gut.

393 Bei Wärmeerzeugern besteht ein erheblicher Sanierungsstau. In der Bevölkerung besteht
394 Interesse, an der derzeitigen Situation der Wärmeerzeugung etwas zu ändern, jedoch fehlt
395 häufig die adäquate Information.

396 Die Sanierung der Heizungen, die Dämmung von Gebäuden und damit einhergehend eine
397 erhebliche Reduzierung an Energieverbrauch und CO₂-Emissionen kann beschleunigt werden.

398 Wir Grüne wollen dies erreichen, indem wir durch zielgerichtete und verstärkte Kommunikation
399 mehr Bürger zur Sanierung ihrer Gebäude bewegen.

400 **Intelligente Infrastrukturpolitik für Nachhaltigkeit und Innovation**

401 Basis einer jeden erfolgreichen, innovativen und zukunftsfähigen Wirtschaft ist eine gute
402 öffentliche Infrastruktur. Für uns Grüne ist die öffentliche Infrastruktur ein zentrales öffentliches
403 Gut und Grundlage für funktionierenden Wettbewerb in einer sozialen, ökologisch verankerten
404 Marktwirtschaft, das nicht den Kräften des Wettbewerbs überlassen werden darf. Die
405 europäische Diskussion um die Privatisierung von Wasserversorgungen hat gezeigt, dass
406 Bürgerinnen und Bürger zu Recht sehr sensibel auf Einschränkungen der öffentlichen
407 Daseinsvorsorge reagieren. GRÜNE Politik ist der Anwalt dieses Rechts auf eine gute öffentliche
408 Daseinsvorsorge und die damit verbundene Infrastruktur.

409 In Baden-Württemberg stehen für uns neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien und der
410 Kinderbetreuungs- und Bildungsinfrastruktur derzeit insbesondere die Verkehrsinfrastruktur und
411 der Ausbau des Breitbandnetzes im Fokus.

412 ***Ausbau des Breitbandnetzes konsequent vorantreiben***

413 Für Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger spielt eine leistungsfähige Internetverbindung in
414 Zeiten des digitalen Wandels eine immer entscheidendere Rolle. Vor diesem Hintergrund gibt es
415 auch in Baden-Württemberg aufgrund der Versäumnisse in der Vergangenheit noch einigen

416 Nachholbedarf, den wir mit den Breitbandförderprogrammen des GRÜN geführten
417 Ministeriums für ländlichen Raum und Verbraucherschutz in den letzten Jahren entschlossen in
418 Angriff genommen haben. Dabei müssen wir auch die Anforderungen vieler kleiner und
419 mittlerer Unternehmen in der Fläche des Landes berücksichtigen, die für ihren
420 unternehmerischen Erfolg auch auf eine zeitgemäße digitale Infrastruktur angewiesen sind.
421 Zwar erreicht Baden-Württemberg als Flächenland im Bundesvergleich einen Spitzenwert der
422 flächendeckenden Versorgung mit Breitbandnetzen. Aber immer noch haben zu viele Haushalte
423 und Unternehmen nicht die Möglichkeit auf das Höchstgeschwindigkeits-Internet mit
424 mindestens 50 Megabit pro Sekunde zuzugreifen. Dieser Herausforderung stellen wir uns – den
425 Breitbandausbau im Land werden wir weiter entschlossen vorantreiben. So wird die
426 Landesregierung im nächsten Doppelhaushalt die bisherigen Mittel für den Breitbandausbau
427 fast verdreifachen. Pro Jahr werden damit 30 Millionen Euro bereitgestellt.

428 Damit können wir unsere Unternehmen helfen, sich im städtischen wie im ländlichen Raum
429 zukunftsfähig aufzustellen. Durch Breitbandinfrastruktur ermöglichen wir den Menschen im
430 Land auch neue Arbeitsmodelle, die wiederum die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken
431 und so die Städte und Gemeinden im ganzen Land für hochqualifizierte Fachkräfte attraktiv
432 halten.

433 Leider ist diese wichtige Herausforderung bei der schwarz-roten Bundesregierung noch nicht
434 angekommen. Trotz ambitionierter Ziele und eines dafür geschätzten Investitionsbedarfs von
435 bundesweit 20 Milliarden Euro ist die Digitale Agenda des Bundes nicht mit finanziellen Mitteln
436 für den Ausbau der Hochgeschwindigkeitsnetze hinterlegt. Hinzu kommen nun handwerkliche
437 Fehler bei der Bundesrahmenregelung, die eine Förderung des Breitbandausbaus durch Land
438 und Kommunen erschweren. Auch der neue deutsche EU-Kommissar für Digitalisierung, der aus
439 Baden-Württemberg kommt, muss sich dringend für eine Förderpolitik einsetzen, die das
440 Marktversagen beim Breitbandausbau wirksam überwindet.

441 **Soziale Innovationen fördern**

442 Eng verbunden mit der „klassischen“, den technischen Fortschritt antreibenden
443 Innovationskraft ist die soziale Innovationskraft. Bürgerschaftliches Engagement für neue Wege
444 gesellschaftlichen Miteinanders (z.B. im wachsenden Segment der „share economy“, der
445 Gemeinwohlökonomie und in sozialen Netzwerken) sowie die Beteiligung der
446 Bürgergesellschaft an neuen Wertschöpfungsmöglichkeiten (z.B. bei der dezentralen
447 Energieerzeugung) sind ihrerseits wichtige Innovationstreiber.

448 Dabei entstehen neue, regionale Wirtschaftskreisläufe an den Rändern der klassischen
449 Wirtschaft, die eine wichtige Funktion bei der Wiederbelebung von Stadtteilen und der
450 Versorgung ländlicher Räume spielen können. Gleichzeitig werden dadurch soziale Beziehungen
451 gestärkt, wird Identität gefestigt und ein Beitrag zur Integration geleistet. Ebenso wird durch
452 eine auf Zusammenarbeit und Gemeinwohl orientierte Wirtschaft vor Ort eine Grundlage gelegt
453 für Start-ups aus dem Grenzbereich zwischen Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

454 Nirgends wurden diese Potenziale in den vergangenen Jahren eindrucksvoller sichtbar als im
455 Bereich der erneuerbaren Energien. Aus vereinzelt lokalen Initiativen belächelter Pioniere der
456 Energiewende entwickelte sich eine gewaltige Bewegung aus Bürgerenergiegenossenschaften,
457 die den Ausbau von Windkraft- und Sonnenenergieanlagen in Deutschland maßgeblich
458 vorangetrieben haben. Nicht die großen Energieversorger waren und sind die Träger und
459 Innovationstreiber der Energiewende; es waren bürgerschaftliche Initiativen und innovative
460 Stadtwerke, die den Ausbau der erneuerbaren Energien forcierten und daraus einen
461 bedeutsamen wirtschaftlichen Sektor in Deutschland machten.

462 ***Teilen statt besitzen***

463 Gerade die sozialen Innovationen aus dem Bereich der sich rasant entwickelnden share
464 economy könnten einen relevanten Beitrag zur tatsächlichen Entkopplung von Wohlstand und
465 Materialverbrauch leisten. Egal ob es sich um gemeinsam genutzte Autos beim Carsharing oder
466 in Mitfahrzentralen handelt, um gemeinsam genutzte Flächen von Urban-Gardening-Initiativen,
467 um gemeinsam verwendetes Werkzeug in geteilt genutzten Werkstätten und Repair-Initiativen
468 oder um private Wohnungen, die in Ferienzeiten getauscht werden: Wirtschaftsgüter, deren
469 Nutzen geteilt werden kann, müssen in einer weniger großen Stückzahl produziert werden. Das
470 würde im Sinne der Entkopplung gerade für jene Produkte eine Entlastung bedeuten, deren
471 Material eben nicht Teil der Kreislaufwirtschaft werden kann. Neben der sozialen Innovation ist
472 auch hier die Digitalisierung ein entscheidender Treiber, der für eine nie dagewesene
473 Verfügbarkeit von Gütern und Dienstleistungen sorgt.

474 GRÜNE Wirtschaftspolitik will dafür sorgen, dass Politik und Verwaltung mit diesen neuen
475 Unternehmensideen Schritt halten, und geeignete Regeln und Rahmenbedingungen zur
476 Unterstützung der share economy entwickeln, die auch klar unterscheiden zwischen der echten
477 Ökonomie des Teilens und Auswüchsen, die lediglich dem Dumping und der Ausbeutung
478 dienen.

479 Die Weiterentwicklung der „Zivilökonomie“ als soziale Innovation des dritten Sektors wollen
480 wir ermöglichen und gezielt fördern. Denn genau dort, wo Ansätze der Wiederverwertung auf
481 Reparatur-Initiativen und Zentren für Eigenproduktion wie FabLabs (Fabrication Laboratories)
482 stoßen, wo sich nachhaltige Mobilitätstechnologien mit Carsharing-Vereinen und
483 Mitfahrzentralen verbinden, wo ökologischer Landbau von lokalen ErzeugerInnen- und
484 KonsumentInnen-Gemeinschaften, Initiativen solidarischer Landwirtschaft und des Urban
485 Gardening betrieben und unterstützt wird, verbinden sich wirtschaftlich-technische und soziale
486 Innovationen für eine nachhaltigere, zukunftsfähige Wirtschaft.

487 **GRÜNE Wirtschaftspolitik für Baden-Württemberg will...**

- 488 - im Dialog und auf Augenhöhe mit Unternehmen und der Bürgergesellschaft die
- 489 ökologische Modernisierung vorantreiben
- 490 - den digitalen Wandel als Chance begreifen und Unternehmen, Verwaltung, Bildungs-
- 491 und Forschungseinrichtungen bei den Herausforderungen unterstützen
- 492 - Baden-Württemberg zum Top-Standort für Informations- und
- 493 Kommunikationstechnologie entwickeln
- 494 - die Digitalisierung auf Basis der Energiewende und Green-IT-Strategien zum Katalysator
- 495 der ökologischen Modernisierung machen
- 496 - Baden-Württemberg zu einer der ressourceneffizientesten Regionen weltweit machen
- 497 - mit der Umstellung auf eine Kreislaufwirtschaft den Ressourcenverbrauch reduzieren
- 498 - für eine gute Verkehrsinfrastruktur sorgen, dabei den Schwerpunkt auf Erhalt des
- 499 Bestehenden und Ausbau des öffentlichen Verkehrs setzen
- 500 - den Ausbau des Breitbandnetzes konsequent vorantreiben
- 501 - gemeinwohlorientierte Initiativen und Ansätze der Ökonomie des Teilens (share
- 502 economy) als soziale Innovationen für eine nachhaltigere Wirtschaft unterstützen.